

Amtsblatt

der Europäischen Union

C 245



Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

56. Jahrgang
24. August 2013

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
IV <i>Informationen</i>		
INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION		
Gerichtshof der Europäischen Union		
2013/C 245/01	Letzte Veröffentlichung des Gerichtshofs der Europäischen Union im <i>Amtsblatt der Europäischen Union</i> ABL C 233, 10.8.2013	1
V <i>Bekanntmachungen</i>		
GERICHTSVERFAHREN		
Gerichtshof		
2013/C 245/02	Rechtssache C-287/11 P: Urteil des Gerichtshofs (Dritte Kammer) vom 4. Juli 2013 — Europäische Kommission/Aalberts Industries NV, Comap SA, vormals Aquatis France SAS, Simplex Armaturen + Fittings GmbH & Co. KG (Rechtsmittel — Kartelle — Europäischer Markt — Sektor für Rohrverbindungen aus Kupfer und Kupferlegierungen — Entscheidung der Kommission — Feststellung einer Zuwiderhandlung gegen Art. 101 AEUV — Geldbußen — Einheitliche, komplexe und fortgesetzte Zuwiderhandlung — Beendigung der Zuwiderhandlung — Fortsetzung der Zuwiderhandlung durch bestimmte Beteiligte — Wiederholungsfall)	2
2013/C 245/03	Rechtssache C-312/11: Urteil des Gerichtshofs (Vierte Kammer) vom 4. Juli 2013 — Europäische Kommission/Italienische Republik (Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats — Richtlinie 2000/78/EG — Art. 5 — Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf — Menschen mit Behinderungen — Unzureichende Umsetzungsmaßnahmen)	2

DE

Preis:
3 EUR

(Fortsetzung umseitig)

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt (Fortsetzung)	Seite
2013/C 245/04	Rechtssache C-350/11: Urteil des Gerichtshofs (Erste Kammer) vom 4. Juli 2013 (Vorabentscheidungsersuchen der Rechtbank van eerste aanleg te Antwerpen — Belgien) — Argenta Spaarbank NV/Belgische Staat (Steuerrecht — Körperschaftsteuer — Abzug für Risikokapital — Fiktive Zinsen — Einschränkung der Abzugsmöglichkeit für Gesellschaften, die über Betriebsstätten im Ausland verfügen, die Einkünfte erzielen, die aufgrund eines Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung von der Steuer befreit sind)	3
2013/C 245/05	Rechtssache C-100/12: Urteil des Gerichtshofs (Zehnte Kammer) vom 4. Juli 2013 (Vorabentscheidungsersuchen des Tribunale Amministrativo Regionale per il Piemonte — Italien) — Fastweb SpA/Azienda Sanitaria Locale di Alessandria (Öffentliche Aufträge — Richtlinie 89/665/EWG — Vergaberechtliche Nachprüfungsverfahren — Klage eines Bieters, dessen Angebot abgelehnt worden ist, gegen eine Entscheidung über die Vergabe eines öffentlichen Auftrags — Klage, die darauf gestützt wird, dass das ausgewählte Angebot nicht den technischen Anforderungen der Ausschreibung entspreche — Widerklage des erfolgreichen Bieters, die darauf gestützt wird, dass im Angebot des klagenden Bieters bestimmte technische Anforderungen des Auftrags nicht beachtet worden seien — Zwei Angebote, die beide nicht den technischen Anforderungen der Ausschreibung entsprechen — Nationale Rechtsprechung, nach der zunächst die Widerklage zu prüfen und im Fall ihrer Begründetheit die Klage ohne Sachprüfung für unzulässig zu erklären ist — Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht)	3
2013/C 245/06	Rechtssache C-233/12: Urteil des Gerichtshofs (Fünfte Kammer) vom 4. Juli 2013 (Vorabentscheidungsersuchen des Tribunale di La Spezia — Italien) — Simone Gardella/Istituto nazionale della previdenza sociale (INPS) (Übertragung der in einem Mitgliedstaat erworbenen Ruhegehaltsansprüche — Art. 45 AEUV und 48 AEUV — Nationale Regelung, die das Recht auf Übertragung des Kapitalwerts der bei einem nationalen Träger der sozialen Sicherheit erworbenen Ruhegehaltsansprüche auf eine internationale Organisation mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat nicht vorsieht — Zusammenrechnungsregel)	4
2013/C 245/07	Rechtssache C-325/13 P: Rechtsmittel der Peek & Cloppenburg KG gegen das Urteil des Gerichts (Fünfte Kammer) vom 18. April 2013 in der Rechtssache T-506/11, Peek & Cloppenburg KG gegen Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle), eingelegt am 17. Juni 2013	4
2013/C 245/08	Rechtssache C-326/13 P: Rechtsmittel der Peek & Cloppenburg KG gegen das Urteil des Gerichts (Fünfte Kammer) vom 18. April 2013 in der Rechtssache T-507/11, Peek & Cloppenburg gegen Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle), eingelegt am 17. Juni 2013	5
2013/C 245/09	Rechtssache C-330/13: Vorabentscheidungsersuchen des Administrativen sad — Burgas (Bulgarien), eingereicht am 18. Juni 2013 — Lukoil Neftohim Burgas AD/Nachalnik na Mitnicheski punkt „Pristanishite Burgas tsentar“ pri Mitnitsa Burgas	6

Gericht

2013/C 245/10	Rechtssache T-234/11 P-RENV-RX: Urteil des Gerichts vom 9. Juli 2013 — Arango Jaramillo u. a./EIB (Rechtsmittel — Öffentlicher Dienst — Personal der EIB — Überprüfung des Urteils des Gerichts — Abweisung der Klage im ersten Rechtszug als unzulässig — Versorgungsbezüge — Erhöhung der Versorgungsbeiträge — Rechtsbehelfsfrist — Angemessene Frist)	8
2013/C 245/11	Rechtssache T-552/11: Urteil des Gerichts vom 9. Juli 2013 — Lito Maieftiko Gynaikologiko kai Cheiourgiko Kentro/Kommission (Nichtigkeitsklage — Vertrag betreffend einen finanziellen Zuschuss der Union zugunsten eines Projekts im Bereich der medizinischen Zusammenarbeit — Belastungsanzeige — Vertragliche Natur des Rechtsstreits — Nicht anfechtbare Handlung — Unzulässigkeit — Zahlungswiderklage)	8



IV

*(Informationen)*INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN
STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

(2013/C 245/01)

Letzte Veröffentlichung des Gerichtshofs der Europäischen Union im *Amtsblatt der Europäischen Union*

Abl. C 233, 10.8.2013

Bisherige Veröffentlichungen

Abl. C 226, 3.8.2013

Abl. C 215, 27.7.2013

Abl. C 207, 20.7.2013

Abl. C 189, 29.6.2013

Abl. C 178, 22.6.2013

Abl. C 171, 15.6.2013

Diese Texte sind verfügbar in:
EUR-Lex: <http://eur-lex.europa.eu>

V

(Bekanntmachungen)

GERICHTSVERFAHREN

GERICHTSHOF

Urteil des Gerichtshofs (Dritte Kammer) vom 4. Juli 2013 — Europäische Kommission/Aalberts Industries NV, Comap SA, vormals Aquatis France SAS, Simplex Armaturen + Fittings GmbH & Co. KG

(Rechtssache C-287/11 P) ⁽¹⁾

(Rechtsmittel — Kartelle — Europäischer Markt — Sektor für Rohrverbindungen aus Kupfer und Kupferlegierungen — Entscheidung der Kommission — Feststellung einer Zuwiderhandlung gegen Art. 101 AEUV — Geldbußen — Einheitliche, komplexe und fortgesetzte Zuwiderhandlung — Beendigung der Zuwiderhandlung — Fortsetzung der Zuwiderhandlung durch bestimmte Beteiligte — Wiederholungsfall)

(2013/C 245/02)

Verfahrenssprache: Englisch

Verfahrensbeteiligte

Rechtsmittelführerin: Europäische Kommission (Prozessbevollmächtigte: F. Castillo de la Torre, V. Bottka und R. Sauer)

Andere Verfahrensbeteiligte: Aalberts Industries NV, Comap SA, vormals Aquatis France SAS, Simplex Armaturen + Fittings GmbH & Co. KG (Prozessbevollmächtigter: R. Wesseling, advocaat)

Gegenstand

Rechtsmittel gegen das Urteil des Gerichts (Achte Kammer) vom 24. März 2011, Aalberts Industries u. a./Kommission (T-385/06), mit dem das Gericht die Entscheidung K(2006) 4180 endg. der Kommission vom 20. September 2006 in einem Verfahren nach Artikel 81 [EG] und Artikel 53 EWR-Abkommen (Sache COMP/F-1/38.121 — Rohrverbindungen) teilweise für nichtig erklärt hat, die ein Kartell zur Festlegung der Preise und der Höhe der Preisnachlässe und Rabatte, zur Einrichtung von Mechanismen zur Koordinierung der Preiserhöhungen, zur Aufteilung der Kunden und zum Austausch geschäftlicher Informationen auf dem europäischen Markt der Rohrverbindungen aus Kupfer, insbesondere aus Kupferlegierungen, betraf, sowie, hilfsweise, Herabsetzung der gegen die Klägerinnen verhängten Geldbuße

Tenor

1. Das Rechtsmittel wird zurückgewiesen.
2. Das Anschlussrechtsmittel braucht nicht geprüft zu werden.

3. Die Europäische Kommission trägt die Kosten.

⁽¹⁾ ABl. C 238 vom 13.8.2011.

Urteil des Gerichtshofs (Vierte Kammer) vom 4. Juli 2013 — Europäische Kommission/Italienische Republik

(Rechtssache C-312/11) ⁽¹⁾

(Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats — Richtlinie 2000/78/EG — Art. 5 — Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf — Menschen mit Behinderungen — Unzureichende Umsetzungsmaßnahmen)

(2013/C 245/03)

Verfahrenssprache: Italienisch

Parteien

Klägerin: Europäische Kommission (Prozessbevollmächtigte: J. Enegren und C. Cattabriga)

Beklagte: Italienische Republik (Prozessbevollmächtigte: G. Palmieri im Beistand von C. Gerardis, avvocato dello Stato)

Gegenstand

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats — Nicht fristgerechter Erlass aller Vorschriften, die erforderlich sind, um Art. 5 der Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf (ABl. L 303, S. 16) nachzukommen — Nationale Rechtsvorschriften zur Durchführung der genannten Vorschrift, die Maßnahmen vorsehen, deren Anwendung vom lediglich möglichen Erlass weiterer Maßnahmen abhängt — Unzureichende Garantien und Vorkehrungen

Tenor

1. Die Italienische Republik hat dadurch gegen ihre Verpflichtung zur ordnungsgemäßen und vollständigen Umsetzung von Art. 5 der Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf verstoßen, dass sie nicht allen Arbeitgebern auferlegt hat, für alle Menschen mit Behinderungen die im konkreten Fall erforderlichen und angemessenen Vorkehrungen zu treffen.

2. Die Italienische Republik trägt die Kosten.

(¹) ABl. C 226 vom 30.7.2011.

Urteil des Gerichtshofs (Erste Kammer) vom 4. Juli 2013 (Vorabentscheidungsersuchen der Rechtbank van eerste aanleg te Antwerpen — Belgien) — Argenta Spaarbank NV/Belgische Staat

(Rechtssache C-350/11) (¹)

(Steuerrecht — Körperschaftsteuer — Abzug für Risikokapital — Fiktive Zinsen — Einschränkung der Abzugsmöglichkeit für Gesellschaften, die über Betriebsstätten im Ausland verfügen, die Einkünfte erzielen, die aufgrund eines Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung von der Steuer befreit sind)

(2013/C 245/04)

Verfahrenssprache: Niederländisch

Vorlegendes Gericht

Rechtbank van eerste aanleg te Antwerpen

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: Argenta Spaarbank NV

Beklagter: Belgische Staat

Gegenstand

Vorabentscheidungsersuchen — Rechtbank van eerste aanleg te Antwerpen — Auslegung von Art. 49 AEUV — Steuerrecht — Körperschaftsteuer — Abzug für Risikokapital („fiktive Zinsen“) — Verringerung des abzugsfähigen Betrags bei einer Gesellschaft mit Niederlassungen im Ausland, deren Einkünfte aufgrund von Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung von der Steuer befreit sind

Tenor

Art. 49 AEUV ist dahin auszulegen, dass er einer nationalen Regelung entgegensteht, wonach bei der Berechnung des Abzugs, der einer in einem Mitgliedstaat unbeschränkt steuerpflichtigen Gesellschaft gewährt wird, der Nettowert der Aktiva einer in einem anderen Mitgliedstaat gelegenen Betriebsstätte nicht berücksichtigt wird, wenn die Gewinne dieser Betriebsstätte im ersten Mitgliedstaat gemäß einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung nicht steuerpflichtig sind, wohingegen die Aktiva, die einer in diesem ersten Mitgliedstaat gelegenen Betriebsstätte zugeordnet sind, für diesen Abzug berücksichtigt werden.

(¹) ABl. C 282 vom 24.9.2011.

Urteil des Gerichtshofs (Zehnte Kammer) vom 4. Juli 2013 (Vorabentscheidungsersuchen des Tribunale Amministrativo Regionale per il Piemonte — Italien) — Fastweb SpA/Azienda Sanitaria Locale di Alessandria

(Rechtssache C-100/12) (¹)

(Öffentliche Aufträge — Richtlinie 89/665/EWG — Vergaberichtliche Nachprüfungsverfahren — Klage eines Bieters, dessen Angebot abgelehnt worden ist, gegen eine Entscheidung über die Vergabe eines öffentlichen Auftrags — Klage, die darauf gestützt wird, dass das ausgewählte Angebot nicht den technischen Anforderungen der Ausschreibung entspreche — Widerklage des erfolgreichen Bieters, die darauf gestützt wird, dass im Angebot des klagenden Bieters bestimmte technische Anforderungen des Auftrags nicht beachtet worden seien — Zwei Angebote, die beide nicht den technischen Anforderungen der Ausschreibung entsprechen — Nationale Rechtsprechung, nach der zunächst die Widerklage zu prüfen und im Fall ihrer Begründetheit die Klage ohne Sachprüfung für unzulässig zu erklären ist — Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht)

(2013/C 245/05)

Verfahrenssprache: Italienisch

Vorlegendes Gericht

Tribunale Amministrativo Regionale per il Piemonte

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: Fastweb SpA

Beklagte: Azienda Sanitaria Locale di Alessandria

Beteiligte: Telecom Italia SpA, Path-Net SpA

Gegenstand

Vorabentscheidungsersuchen — Tribunale amministrativo regionale per il Piemonte — Auslegung der Richtlinie 89/665/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Nachprüfungsverfahren im Rahmen der Vergabe öffentlicher Liefer- und Bauaufträge (ABl. L 395, S. 33) in der durch die Richtlinie 2007/66/EG (ABl. L 335, S. 31) geänderten Fassung — Grundsätze der Gleichbehandlung, der Nichtdiskriminierung und des Schutzes des Wettbewerbs — In der nationalen Rechtsprechung herausgebildete Regel, nach der die nationalen Gerichte, bei denen eine Klage auf Nichtigerklärung der Vergabe des öffentlichen Auftrags und eine Widerklage, mit der die Teilnahme des nichtberücksichtigten Bieters und Klägers am Vergabeverfahren angefochten wird, erhoben wurden, nur dann über die Begründetheit der Klage entscheiden kann, wenn die Widerklage unbegründet ist — Nichtoffene Ausschreibung mit nur zwei Bietern, die zudem keine zulässigen Angebote abgegeben haben

Tenor

Art. 1 Abs. 3 der Richtlinie 89/665 EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Nachprüfungsverfahren im Rahmen der Vergabe öffentlicher Liefer- und Bauaufträge, in der durch die Richtlinie 2007/66/EG des Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2007 geänderten Fassung ist dahin auszulegen, dass er, wenn im Rahmen eines Nachprüfungsverfahrens der erfolgreiche Bieter, dem der Auftrag erteilt wurde und der Widerklage erhoben hat, eine auf die fehlende Klagebefugnis des klagenden Bieters gestützte Einrede der Unzulässigkeit geltend macht, weil dessen Angebot wegen seiner Nichtübereinstimmung mit den in den Verdingungsunterlagen festgelegten technischen Anforderungen vom öffentlichen Auftraggeber hätte zurückgewiesen werden müssen, dem entgegensteht, dass die Klage nach der Vorabprüfung dieser Unzulässigkeitsinrede für unzulässig erklärt wird, ohne dass darüber entschieden wird, ob das Angebot des erfolgreichen Bieters, dem der Auftrag erteilt wurde, und dasjenige des Bieters, der Klage erhoben hat, den technischen Anforderungen entsprechen.

(¹) ABl. C 151 vom 26.5.2012.

Urteil des Gerichtshofs (Fünfte Kammer) vom 4. Juli 2013 (Vorabentscheidungsersuchen des Tribunale di La Spezia — Italien) — Simone Gardella/Istituto nazionale della previdenza sociale (INPS)

(Rechtssache C-233/12) (¹)

(Übertragung der in einem Mitgliedstaat erworbenen Ruhegehaltsansprüche — Art. 45 AEUV und 48 AEUV — Nationale Regelung, die das Recht auf Übertragung des Kapitalwerts der bei einem nationalen Träger der sozialen Sicherheit erworbenen Ruhegehaltsansprüche auf eine internationale Organisation mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat nicht vorsieht — Zusammenrechnungsregel)

(2013/C 245/06)

Verfahrenssprache: Italienisch

Vorlegendes Gericht

Tribunale di La Spezia

Parteien des Ausgangsverfahrens

Kläger: Simone Gardella

Beklagter: Istituto nazionale della previdenza sociale (INPS)

Gegenstand

Vorabentscheidungsersuchen — Tribunale Civile della Spezia — Auslegung der Art. 20, 45, 48 und 145 bis 147 AEUV sowie von Art. 15 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union — Übertragung der in verschiedenen Mitgliedstaaten erworbenen Rentenansprüche — Bediensteter einer internationalen Organisation mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat —

Nationale Regelung, die nicht das Recht auf Übertragung der an einen nationalen Träger der sozialen Sicherheit geleisteten Rentenbeiträge vorsieht — Weigerung des betreffenden Trägers der sozialen Sicherheit, ein Abkommen zu schließen, das eine solche Übertragung ermöglicht

Tenor

Die Art. 45 AEUV und 48 AEUV sind dahin auszulegen, dass sie einer Regelung eines Mitgliedstaats nicht entgegenstehen, die es seinen Staatsangehörigen, die in einer internationalen Organisation wie dem Europäischen Patentamt mit Sitz im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats beschäftigt sind, nicht gestattet, den Kapitalwert der zuvor im Hoheitsgebiet ihres Herkunftsmitgliedstaats erworbenen Ruhegehaltsansprüche auf das Versorgungssystem dieser Organisation zu übertragen, wenn zwischen diesem Mitgliedstaat und der internationalen Organisation kein Abkommen geschlossen wurde, das die Möglichkeit dieser Übertragung vorsieht.

Falls der Mechanismus der Übertragung des Kapitalwerts der zuvor in einem Mitgliedstaat erworbenen Ruhegehaltsansprüche auf das Versorgungssystem eines neuen Arbeitgebers in einem anderen Mitgliedstaat nicht zur Anwendung kommen kann, ist Art. 45 AEUV dahin auszulegen, dass er einer Regelung eines Mitgliedstaats entgegensteht, die es nicht ermöglicht, die Beschäftigungszeiten, die ein Bürger der Europäischen Union bei einer internationalen Organisation wie dem Europäischen Patentamt mit Sitz im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats zurückgelegt hat, im Hinblick auf die Erlangung eines Altersversorgungsanspruchs zu berücksichtigen.

(¹) ABl. C 217 vom 21.7.2012.

Rechtsmittel der Peek & Cloppenburg KG gegen das Urteil des Gerichts (Fünfte Kammer) vom 18. April 2013 in der Rechtssache T-506/11, Peek & Cloppenburg KG gegen Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle), eingelegt am 17. Juni 2013

(Rechtssache C-325/13 P)

(2013/C 245/07)

Verfahrenssprache: Deutsch

Verfahrensbeteiligte

Rechtsmittelführerin: Peek & Cloppenburg KG (Düsseldorf, Deutschland) (Prozessbevollmächtigter: P. Lange, Rechtsanwalt)

Andere Verfahrensbeteiligte: Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle), Peek & Cloppenburg KG (Hamburg, Deutschland)

Anträge

Die Rechtsmittelführerin beantragt,

— das Urteil des Gerichts der Europäischen Union vom 18. April 2013 in der Rechtssache T-506/11 aufzuheben;

- die Entscheidung der Ersten Beschwerdekammer des Harmonisierungsamtes vom 28. Februar 2011 in der Sache R 53/2005-1 aufzuheben;
- die Kosten dem Harmonisierungsamt und der Peek & Cloppenburg KG (Hamburg) aufzuerlegen.

Rechtsmittelgründe und wesentliche Argumente

Die Rechtsmittelführerin rügt eine Verletzung von Art. 8 Abs. 4 der Gemeinschaftsmarkenverordnung⁽¹⁾ (GMVO) durch fehlerhafte Auslegung des Merkmals „das Recht verleiht, die Benutzung einer jüngeren Marke zu untersagen“.

Entgegen der Annahme des Gerichts könne nicht davon ausgegangen werden, dass die Anforderung der Vorschrift allein darin bestehe, dass das geltend gemachte Recht von mehr als örtlicher Bedeutung sein. Das fragliche Merkmal sei in dem Sinne auszulegen, dass es den Kreis der widerspruchsberechtigten Zeichen von mehr als örtlicher Bedeutung weiter eingrenze. Diese Auslegung bestehe darin, dass das fragliche nationale Recht seinem Inhaber das Recht verleihen müsse, die Benutzung einer jüngeren Marke im gesamten Staatsgebiet des Mitgliedstaats zu untersagen, in dem es seinen Ursprung habe.

Hierfür spreche der Sinn des Widerspruchsverfahrens gegen eine Gemeinschaftsmarkenanmeldung, die Regelung von Art. 110 und Art. 111 GMVO sowie das Verständnis des identischen Merkmals in Art. 8 Abs. 4 GMVO in Art. 4 Abs. 4 (b) der Richtlinie 2008/95/EG⁽²⁾.

Der deutsche Gesetzgeber habe Art. 4 Abs. 4 (b) der Richtlinie 2008/95/EG mit richtiger Auslegung in dem Sinne in nationales Recht umgesetzt, dass das fragliche Recht seinem Inhaber die Befugnis verleihen müsse, die Benutzung einer jüngeren Marke im gesamten Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu untersagen. Die Auslegung des Merkmals „das Recht verleiht, die Benutzung einer jüngeren Marke zu untersagen“ sei streiterheblich.

Hilfsweise rügt die Rechtsmittelführerin eine Verletzung von Art. 8 Abs. 4 GMVO durch fehlerhafte Auslegung des Merkmals „von mehr als lediglich örtlicher Bedeutung“ durch das Gericht. Dabei stützt sie sich auf den Sinn des Widerspruchsverfahrens und den Zweck der Begrenzung des Kreises der widerspruchsberechtigten nationalen Kennzeichen, den Regelungszusammenhang mit Art. 110 und Art. 111 GMVO sowie die Regelung von Art. 4 Abs. 4 (b) der Richtlinie 2008/95/EG.

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 207/2009 des Rates vom 26. Februar 2009 über die Gemeinschaftsmarke, ABl. L 78, S. 1.

⁽²⁾ Richtlinie 2008/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken, ABl. L 299, S. 25.

Rechtsmittel der Peek & Cloppenburg KG gegen das Urteil des Gerichts (Fünfte Kammer) vom 18. April 2013 in der Rechtssache T-507/11, Peek & Cloppenburg gegen Harmonisierungsamt für den Binnemarkt (Marken, Muster und Modelle, eingelegt am 17. Juni 2013)

(Rechtssache C-326/13 P)

(2013/C 245/08)

Verfahrenssprache: Deutsch

Verfahrensbeteiligte

Rechtsmittelführerin: Peek & Cloppenburg KG (Düsseldorf, Deutschland) (Prozessbevollmächtigter: P. Lange, Rechtsanwalt)

Andere Verfahrensbeteiligte: Harmonisierungsamt für den Binnemarkt (Marken, Muster und Modelle), Peek & Cloppenburg KG (Hamburg, Deutschland)

Anträge

Die Rechtsmittelführerin beantragt,

- das Urteil des Gerichts der Europäischen Union vom 18. April 2013 in der Rechtssache T-507/11 aufzuheben;
- die Entscheidung der Ersten Beschwerdekammer des Harmonisierungsamtes vom 28. Februar 2011 in der Sache R 262/2005-1 aufzuheben;

— die Kosten dem Harmonisierungsamt und der Peek & Cloppenburg KG (Hamburg) aufzuerlegen.

Rechtsmittelgründe und wesentliche Argumente

Die Rechtsmittelführerin rügt eine Verletzung von Art. 8 Abs. 4 der Gemeinschaftsmarkenverordnung⁽¹⁾ (GMVO) durch fehlerhafte Auslegung des Merkmals „das Recht verleiht, die Benutzung einer jüngeren Marke zu untersagen“.

Entgegen der Annahme des Gerichts könne nicht davon ausgegangen werden, dass die Anforderung der Vorschrift allein darin bestehe, dass das geltend gemachte Recht von mehr als örtlicher Bedeutung sein. Das fragliche Merkmal sei in dem Sinne auszulegen, dass es den Kreis der widerspruchsberechtigten Zeichen von mehr als örtlicher Bedeutung weiter eingrenze. Diese Auslegung bestehe darin, dass das fragliche nationale Recht seinem Inhaber das Recht verleihen müsse, die Benutzung einer jüngeren Marke im gesamten Staatsgebiet des Mitgliedstaats zu untersagen, in dem es seinen Ursprung habe.

Hierfür spreche der Sinn des Widerspruchsverfahrens gegen eine Gemeinschaftsmarkenanmeldung, die Regelung von Art. 110 und Art. 111 GMVO sowie das Verständnis des identischen Merkmals in Art. 8 Abs. 4 GMVO in Art. 4 Abs. 4 (b) der Richtlinie 2008/95/EG⁽²⁾.

Der deutsche Gesetzgeber habe Art. 4 Abs. 4 (b) der Richtlinie 2008/95/EG mit richtiger Auslegung in dem Sinne in nationales Recht umgesetzt, dass das fragliche Recht seinem Inhaber die Befugnis verleihen müsse, die Benutzung einer jüngeren Marke im gesamten Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu untersagen. Die Auslegung des Merkmals „das Recht verleiht, die Benutzung einer jüngeren Marke zu untersagen“ sei streiterheblich.

Hilfsweise rügt die Rechtsmittelführerin eine Verletzung von Art. 8 Abs. 4 GMVO durch fehlerhafte Auslegung des Merkmals „von mehr als lediglich örtlicher Bedeutung“ durch das Gericht. Dabei stützt sie sich auf den Sinn des Widerspruchsverfahrens und den Zweck der Begrenzung des Kreises der widerspruchsberechtigten nationalen Kennzeichen, den Regelungszusammenhang mit Art. 110 und Art. 111 GMVO sowie die Regelung von Art. 4 Abs. 4 (b) der Richtlinie 2008/95/EG.

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 207/2009 des Rates vom 26. Februar 2009 über die Gemeinschaftsmarke, ABl. L 78, S. 1.

⁽²⁾ Richtlinie 2008/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken, ABl. L 299, S. 25.

Vorabentscheidungsersuchen des Administrativen sad — Burgas (Bulgarien), eingereicht am 18. Juni 2013 — Lukoil Neftohim Burgas AD/Nachalnik na Mitnicheski punkt „Pristanishte Burgas tsentar“ pri Mitnitsa Burgas

(Rechtssache C-330/13)

(2013/C 245/09)

Verfahrenssprache: Bulgarisch

Vorlegendes Gericht

Administrativen sad — Burgas

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: Lukoil Neftohim Burgas AD

Beklagter: Nachalnik na Mitnicheski punkt „Pristanishte Burgas tsentar“ pri Mitnitsa Burgas

Vorlagefragen

1. Steht die in Anhang A der Erläuterungen zu Kapitel 27 der KN genannte Methode zur Bestimmung [des Gehalts an] aromatischen Bestandteilen in Erzeugnissen nach Kapitel 27 der KN in Widerspruch zu der Definition von aromatischen Bestandteilen, die in den Allgemeinen Vorschriften zu Kapitel 27 des HS enthalten ist? Falls ein solcher Widerspruch besteht: Wie sind diese Bestandteile zu bestimmen und ist die Methode A8TM B 2007 [vermutlich gemeint „ASTM D 2007“] dafür geeignet und zulässig?
2. Welche Bedeutung hat der in den Erläuterungen zu Kapitel 27 der KN und in den Erläuterungen zu Kapitel 27 des HS sowie in der Anmerkung 2 zu Kapitel 27 des HS verwen-

dete Begriff „**nicht aromatische Bestandteile**“? Deckt sich diese Bedeutung mit der Bedeutung des Begriffs „**nicht aromatische Kohlenwasserstoffe**“ oder ist sie weiter? Sollte sie weiter als die Bedeutung des letztgenannten Begriffs sein: Umfasst sie alle Bestandteile, die in Bezug auf das Gewicht vom Begriff „aromatische Bestandteile“ nicht gedeckt sind, oder handelt es sich um Bestandteile eines Erzeugnisses wie des Erzeugnisses des Ausgangsverfahrens, die in Bezug auf das Gewicht unter keine der beiden Kategorien — „aromatische Bestandteile“ und „nicht aromatische Bestandteile“ — fallen?

3. Ist ein und dieselbe Methode zur Bestimmung sowohl der aromatischen als auch der nicht aromatischen Bestandteile im Sinne von Kapitel 27 der KN und Kapitel 27 des HS zulässig, und falls ja, welches ist diese Methode? Falls dies nicht zulässig ist: Welche Methode ist jeweils zur Bestimmung der aromatischen Bestandteile und welche zur Bestimmung der nicht aromatischen Bestandteile anzuwenden?
4. Welche der beiden Positionen 2707 und 2710 des Kapitels 27 der KN bezeichnet ein Erzeugnis mit Beschaffenheitsmerkmalen wie denen des Erzeugnisses des Ausgangsverfahrens am genauesten?
5. Für den Fall, dass beide Positionen ein Erzeugnis mit Beschaffenheitsmerkmalen wie denen des Erzeugnisses des Ausgangsverfahrens gleichermaßen genau bezeichnen: Ist das Überwiegen der aromatischen Bestandteile im Gewicht das Merkmal, das ihnen ihren wesentlichen Charakter verleiht?
6. Welche der beiden Positionen 2707 und 2710 bezieht sich auf Erzeugnisse mit Eigenschaften, die den Beschaffenheitsmerkmalen des Erzeugnisses des Ausgangsverfahrens am ähnlichsten sind?
7. Liegt ein Widerspruch zwischen einem Teil der **Erläuterungen zur KN zu den Positionen 2707 99 91 und 2707 99 99 und der Anmerkung 2 zu Kapitel 27 des HS vor oder ist letztere Anmerkung nicht erschöpfend, sondern hat nur exemplarischen Charakter?**

Nach den Erläuterungen zur KN zu den Unterpositionen 2707 99 91 und 2707 99 99 sind „Schweröle (ausgenommen rohe Öle) der Destillation von Hochtemperatur-Steinkohlenteer“ — wenn sie die vier kumulativen Voraussetzungen, die in den Erläuterungen zur KN zu diesen Unterpositionen genannt sind, nicht erfüllen — entsprechend ihren Beschaffenheitsmerkmalen unter die Unterpositionen „...2710 19 31 bis 2710 19 99 ...“ einzureihen.

Gemäß Anmerkung 2 zu Kapitel 27 des HS sind unter der Bezeichnung „Erdöle und Öle aus bituminösen Mineralien“ in der Position 2710 auch ähnliche Öle sowie vorwiegend aus Mischungen ungesättigter Kohlenwasserstoffe bestehende Öle **ohne Rücksicht auf das Herstellungsverfahren zu verstehen, in denen die nicht aromatischen Bestandteile im Gewicht gegenüber den aromatischen Bestandteilen überwiegen.**

8. Besteht ein Widerspruch zwischen den **Erläuterungen zur KN zu den Unterpositionen 2707 99 91 und 2707 99 99** (die Erzeugnisse mit überwiegend aromatischen Bestandteilen, die nicht alle vier Bedingungen nach den Buchst. a bis d erfüllen, in die Unterpositionen 2710 19 31 bis 2710 19 99 verweisen) und den **Erläuterungen zu Position 2710 des HS, Teil I Buchst. B**, auf die die Erläuterungen zu Kapitel 27 der KN verweisen (und wonach unter diese Position keine Öle fallen, in denen die aromatischen Bestandteile im Gewicht gegenüber den nicht aromatischen Bestandteilen überwiegen, unabhängig davon, ob sie bei der Verarbeitung von Erdöl oder auf andere Weise gewonnen wurden)?
9. Welches ist der authentische Text und welche authentische Bedeutung hat Satz 2 der Erläuterungen zur KN zu den Unterpositionen 2707 99 91 und 2707 99 99, der in Bulgarisch „Между тези продукти могат да се упоменат“ [wörtlich übersetzt: „Von diesen Erzeugnissen können genannt werden“, in der deutschen Fassung: „Von diesen Erzeugnissen sind ... zu nennen“] und in Englisch „These products are“ lautet?
10. Wie ist ein Erzeugnis mit Beschaffenheitsmerkmalen wie denen des Erzeugnisses des Ausgangsverfahrens für den Fall einzureihen, dass in diesem Erzeugnis die aromatischen Bestandteile im Gewicht gegenüber den nicht aromatischen Bestandteilen überwiegen, das Erzeugnis jedoch nicht alle vier kumulativen Voraussetzungen von Nr. 1 der Erläuterungen zu den Unterpositionen 2707 99 91 und 2707 99 99 der KN erfüllt?
-

GERICHT

Urteil des Gerichts vom 9. Juli 2013 — Arango Jaramillo u. a./EIB

(Rechtssache T-234/11 P-RENV-RX) ⁽¹⁾

(Rechtsmittel — Öffentlicher Dienst — Personal der EIB — Überprüfung des Urteils des Gerichts — Abweisung der Klage im ersten Rechtszug als unzulässig — Versorgungsbezüge — Erhöhung der Versorgungsbeiträge — Rechtsbehelfsfrist — Angemessene Frist)

(2013/C 245/10)

Verfahrenssprache: Französisch

Verfahrensbeteiligte

Rechtsmittelführer: Oscar Orlando Arango Jaramillo (Luxemburg, Luxemburg), und die 34 weiteren Bediensteten der Europäischen Investitionsbank, deren Namen im Anhang aufgeführt sind (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte B. Cortese und C. Cortese)

Andere Verfahrensbeteiligte: Europäische Investitionsbank (EIB) (Prozessbevollmächtigte: C. Gómez de la Cruz und T. Gilliams im Beistand von Rechtsanwalt P.-E. Partsch)

Gegenstand

Rechtsmittel gegen den Beschluss des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (Erste Kammer) vom 4. Februar 2011, Arango Jaramillo u. a./EIB (F-34/10, noch nicht in der amtlichen Sammlung veröffentlicht), wegen Aufhebung dieses Beschlusses

Tenor

1. Der Beschluss des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (Erste Kammer) vom 4. Februar 2011, Arango Jaramillo u. a./EIB, wird aufgehoben.
2. Die Sache wird an das Gericht für den öffentlichen Dienst zurückverwiesen.
3. Die Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

⁽¹⁾ ABl. C 211 vom 16.7.2011.

Urteil des Gerichts vom 9. Juli 2013 — Lito Maieftiko Gynaikologiko kai Cheirurgiko Kentro/Kommission

(Rechtssache T-552/11) ⁽¹⁾

(Nichtigkeitsklage — Vertrag betreffend einen finanziellen Zuschuss der Union zugunsten eines Projekts im Bereich der medizinischen Zusammenarbeit — Belastungsanzeige — Vertragliche Natur des Rechtsstreits — Nicht anfechtbare Handlung — Unzulässigkeit — Zahlungswiderklage)

(2013/C 245/11)

Verfahrenssprache: Griechisch

Parteien

Klägerin: Lito Maieftiko Gynaikologiko kai Cheirurgiko Kentro AE (Athen, Griechenland) (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwältin E. Tzannini)

Beklagte: Europäische Kommission (Prozessbevollmächtigte: M. Condou-Durande und S. Lejeune im Beistand von Rechtsanwältin E. Petrtsi)

Gegenstand

Klage auf Nichtigerklärung einer Belastungsanzeige vom 9. September 2011, mit der die Kommission einen an die Klägerin im Rahmen eines finanziellen Zuschusses zur Unterstützung eines Projekts gezahlten Betrag in Höhe von 83 001,09 Euro zurückgefordert hat, sowie Widerklage auf Verurteilung der Klägerin zur Zahlung dieses Betrags zuzüglich Zinsen

Tenor

1. Die Nichtigkeitsklage wird als unzulässig abgewiesen.
2. Die Lito Maieftiko Gynaikologiko kai Cheirurgiko Kentro AE wird verurteilt, an die Europäische Kommission einen Betrag in Höhe von 83 001,09 Euro und ab dem 25. Oktober 2011 bis zur Tilgung der Hauptschuld Verzugszinsen in Höhe von 11,37 Euro pro Tag zu zahlen.
3. Lito Maieftiko Gynaikologiko kai Cheirurgiko Kentro trägt die Kosten einschließlich der Kosten des Verfahrens des vorläufigen Rechtsschutzes.

⁽¹⁾ ABl. C 6 vom 7.1.2012.

**Urteil des Gerichts vom 10. Juli 2013 — Kreyenberg/
HABM — Kommission (MEMBER OF € euro experts)**

(Rechtssache T-3/12) ⁽¹⁾

(Gemeinschaftsmarke — Nichtigkeitsverfahren — Gemeinschaftsbildmarke MEMBER OF € euro experts — Absolutes Eintragungshindernis — Embleme der Union und ihrer Tätigkeitsbereiche — Euro-Zeichen — Art. 7 Abs. 1 Buchst. i der Verordnung (EG) Nr. 207/2009)

(2013/C 245/12)

Verfahrenssprache: Deutsch

Parteien

Kläger: Heinrich Kreyenberg (Ratingen, Deutschland), Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt J. Krenzel

Beklagter: Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle) (Prozessbevollmächtigter: A. Poch)

Andere Beteiligte im Verfahren vor der Beschwerdekammer des HABM und Streithelferin vor dem Gericht: Europäische Kommission

Gegenstand

Klage gegen die Entscheidung der Zweiten Beschwerdekammer des HABM vom 5. Oktober 2011 (Sache R 1804/2010-2) zu einem Nichtigkeitsverfahren zwischen der Europäischen Kommission und Herrn Heinrich Kreyenberg

Tenor

1. Die Klage wird abgewiesen.
2. Herr Heinrich Kreyenberg trägt seine eigenen Kosten sowie die Kosten des Harmonisierungsamts für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle) (HABM).

⁽¹⁾ ABl. C 65 vom 3.3.2012.

Rechtsmittel, eingelegt am 31. Mai 2013 von Chris van der Aat u. a. gegen das Urteil des Gerichts für den öffentlichen Dienst vom 21. März 2013 in der Rechtssache F-111/11, van der Aat u. a./Kommission

(Rechtssache T-304/13 P)

(2013/C 245/13)

Verfahrenssprache: Französisch

Verfahrensbeteiligte

Rechtsmittelführer: Chris van der Aat (Besozzo, Italien), Kamel Abbas (Besozzo), Roberto Accorsi (Ispra, Italien), Fredric Achard (Masciago Primo, Italien), Tuomas Aitasalo (Travedona Monate, Italien), Robert Alabrese (Cuvio, Italien), Daniel Albrecht (Comabbio, Italien), Stefano Alessandrini (Cittiglio, Italien), Marlene

Alvarez Alvarez (Besozzo), Salvatore Amato (Lavagna, Italien), Angiola Amore (Angera, Italien), Giuseppe Amoruso (Besozzo), Michel Amsellem (Sangiano, Italien), Fivos Andritsos (Gavirate, Italien), Alessandro Annoni (Laveno, Italien), Massimo Anselmi (Sesto Calende, Italien), Carlo Antoniotti (Orino, Italien), Aldo Ardia (Besozzo), Fernando Arroja (Varese, Italien), Karin Aschberger (Ranco, Italien), Andreas Aschberger (Ranco), Heikki Aulamo (Besozzo), Davide Auteri (Varese), Roberto Babich (Gavirate), Valentino Bada (Ispra), Vagn Bak-Mikkelsen (Angera), Simone Bano (Mornago, Italien), Joaquin Baraibar (Ispra), Vittorio Barale (Vercelli, Italien), Stefano Baranzini (Angera), Thomas Barbas (Varese), Caterina Barbera (Laveno), Marco Barbero (Verbania, Italien), Paulo Barbosa (Ispra), Elena Bardelli (Monvalle, Italien), Renzo Bardelli (Besozzo), Jose Ignacio Barredo Cano (Ispra), Marco Basso (Varano Borghi, Italien), Maurizio Bavetta (Cadrezzate, Italien), Claudio Belis (Ispra), Carlo Bellora (Mailand, Italien), Alan Belward (Cittiglio), Zita Bemova (Taino, Italien), Enrico Ben (Varese), Jose Bento Valente (Varese), Claudio Bergonzi (Angera), Walter Bertato (Taino), Paolo Bertoldi (Varese), Luciana Bervoets Rossini (Angera), Emanuela Besozzi Pedroncin (Taino), Rene Beuchle (Ispra), Massimo Bianchi (Marnate, Italien), Pierangelo Biavaschi (Brescia, Italien), Giovanni Bidoglio (Somma Lombardo, Italien), James William Bishop (Taino), Herve Blanchard (Ispra), Ornella Blo (Casciago, Italien), Fabio Bocci (San Giuliano Terme, Italien), Giuseppe Bof (Ispra), Ottavio Bolchini (Varese), Silvia Bombardone (Verbania), Renato Bonaldo (Ispra), Fabrizio Bonato (Ispra), Laura Bonfini (Sesto Calende), Chiara Boni (Porto Valtravaglia, Italien), Isabelle Borgotti (Ispra), Gilles Bories (Masciago Primo), Ann-Charlotte Bostrom (Cadrezzate), Pernille Brandt (Besozzo), Olivier Breas (Ranco), Norbert Brinkhof (Besozzo), Norbert Brinkhoff-Button (Ranco), Marco Broglia (Cernusco sul Naviglio, Italien), Davide Brunella (Varese), Bruno Brunori (Besozzo), Roberto Brunotti (Ispra), Philippe Buchet (Biandronno, Italien), Barbara Bulgarelli (Taino), Armin Burger (Brescia), Janice Cake (Malgesso, Italien), Philip Cake (Malgesso), Francesco Calcerano (Brescia), Erika Caldarozzi (Laveno Mombello, Italien), Maria Paula Caldeira Guimarães (Luvinata, Italien), Luisa Cali (Ispra), Luigi Calzolari (Gavirate), Cecilia Campo (Brescia), Jose Cancelinha (Varese), Daniela Cancellieri (Besozzo), Pierluigi Canevari (Brescia), Elisabetta Canuti (Caravate, Italien), Natale Cao (Ispra), Valerio Capelli (Angera), Philippe Caperan (Ranco), Guiseppina Carabellò (Varese), Manuela Carcano (Besozzo), Giancarlo Carnielli (Gavirate), Massimo Carriero (Ranco), Eda Carriero (Cadrezzate), Folco Casadei (Barasso, Italien), Juan Casado Poblador (Varano Borghi), Silvia Casati (Angera), Anna Casè (Angera), Roberto Cattalini (Cadrezzate), Fabrizia Cavalli (Angera), Mauro Caviglia (Sesto Calende), Mario Centurelli (Travedona Monate), Alessandra Cerutti (Laveno Mombello), Jean-Marc Chareau (Monvalle), Diana Charels (Cocquio Trevisago, Italien), Fiorella Chennaux (Ranco), Michael Cherlet (Leggiano, Italien), Frans M. Christensen (Taino), Laura Ciafre' (Monvalle), Ewa Ciesielska (Ispra), Francis Clement (Leggiano), Sandra Coecke (Varese), Giacomo Cojazzi (Ispra), Angelo Collotta (Ispra), Ambrogio Colombo (Lonate Pozzolo, Italien), Rinaldo Colombo (Angera, Italien), Michele Conti (Angera), Valeria Contini (Cadrezzate), Maida Contini (Leggiano), Stephane Cordeil (Besozzo), Johannes Bonifatius Comelissen (Cerro di Laveno, Italien), Raffaella Corvi (Varese), Loredana Costantini-Barresi (Besozzo), Philip Costeloe (Varese), Giulio Cotogno (Rovellasca, Italien), Constantin Coutsomitros (Ranco), Raymond Crandon (Monvalle), Marino Crivelli (Gavirate), Yves Robert Crutzen, (Ranco), Una Cullinan (Malgesso), Leopoldo Da Silva Pestana (Ispra), Felice Dal Bosco (Leggiano), Carla Dal Molin D'Alessio (Orino), Francesco D'Alberti (Brescia), Gianfranco De Grandi (Ispra), Johannes De Lange (Bardello, Italien), Arie De Roo (Besozzo), Gaetano De Vita

(Ispra), Gerhard De Vries (Ispra), Luc Dechamp (Monvalle), Massimo Della Rossa (Besozzo), Alessandro Dell'Acqua (Carnago, Italien), Franciscus Dentener (Caravate), Marc Detry (Brescia), Claudio Devisoni (Ispra), Wim Devos (Castelvecchiana, Italien), Lorenzo Di Cesare (Monvalle), Fabiana Di Fabio (Cocquio Trevisago), Michele Di Franco (Palermo, Italien), Pietro Di Maggio (Ispra), Luisa Diez (Ispra), Hendrik Doerner (Varese), Soledad Dominguez (Travedona Monate), Tijmen Doppenberg (Besozzo), Fernando Manuel Dos Santos Marques (Ispra), Kevin Douglas (Brescia), Pascal Dransart (Ispra), Ioannis Drossinos (Azzio, Italien), Jean-Noël Druon (Cadrezzate), Matthew Duane (Angera), Gregoire Dubois (Angera), Janja Dugar (Leggiuno), Thierry Dujardin (Osmate, Italien), Ewan Duncan Dunlop, Vergiate (Italien), Torbjorn Dyngeland (Malgesso), Zdzislaw Dzbikowicz (Taino), Alexander Nicolaas Ebbeling (Monvalle), Patrizia Ebbeling Cerreoni (Monvalle), Andrée Ebser (Porto Valtravaglia), Robert Edwards (Ispra), Adriaan Eeckels (Bardello), Daniele Ehrlich (Malborghetto, Italien), Filippo Elio (Gavirate), Federico Ereno (Osmate), José Esteves (Varese), Luciano Fabbri (Pioltello, Italien), Natale Faedda (Ispra), Henrique Fattori (Gavirate), Carlo Ferigato (Baveno, Italien), Fernando Fernandez Espinosa (Ispra), Manuel Ferreira (Laveno Mombello), Michael Field (Besozzo), Jorge Manuel Figueiredo Morgado (Varese), Roberto Fioravazzi (Ispra), Luca Fiore (Varese), Gianluca Fiore (Varese), Christian Folco (Ranco), Claudio Fontanella (Besozzo), Vittorio Forcina (Ranco), Marie-Christine Forment (Bregano, Italien), Fausto Forni (Brescia), Marina Forte, (Varese), Patrizia Forti (Malgesso), Susanne Fortunato (Besozzo), Romuald Franielczyk (Ispra), Alberto Franzetti (Taino), Fabio Fratino (Besozzo), Marco Luca Frattini (Varese), Santino Frison (Taino), Claudia Fuccillova (Bregano), Karen Fullerton (Sangiano), Salvatore Furfaro (Taino), Alberto Fusari (Malgesso), Nathalie Galfre' Dumont (Varese), Roberto Galleano (Besozzo), Francisco Javier Gallego Pinilla (Laveno-Mombello, Italien), Ana Gallego Romero (Barasso), Paola Galmarini (Tradate, Italien), Stefano Galmarini (Porto Valtravaglia), Marco Galparoli (Tradate), Anabela Galvao Saraiva (Ranco), Gino Gangale (Caravate), Maurizio Garbin (Comignago, Italien), Garcia Luis Garcia Centeno (Ispra), Teofilo Garcia Domingo (Varese), Maurizio Gastaldello (Casciago), Simone Gatti (Mailand), Bernd Manfred Gawlik (Saarbrücken, Deutschland), Marco Gemelli (Massino Visconti, Italien), Cristina Gemo (Varese), Tommaso Genovese (Cocquio Trevisago), Michel Gerboles (Gavirate), Stefania Gerli (Comerio, Italien), Eugenio Gervasini (Varese), Alessia Ghezzi (Varese), Michela Ghiani (Laveno M., Italien), Georgios Giannopoulos (Taino), Peter Neil Gibson (Ispra), Sabrina Gloria (Veruno, Italien), Raimondo Giuliani (Bologna, Italien), Davide Giussani (Leggiuno), Marusca Gnechchi (Gavirate), Joao Gonçalves (Orino), Eddy Gorts (Varese), Caterina Gozzi (Ranco), Jean-Marie Gregoire (Besozzo), Claudius Griesinger (Orino), Carsten Grueinig (Leggiuno), Claude Guillou (Ispra), Jean-Philippe Guisset (Comerio), Laurence Guy-Mikkelsen (Angera), Maria Elizabeth Halder (Besozzo), Stamatia Halkia (Varese), George Ranke (Ranco), Philippe Hannaert (Cittiglio), Isabelle Hariga (Brescia), Carina Henriksson (Vernazza, Italien), Pierette Henuset Chambeft (Besozzo), Francisco Javier Hervas de Diego (Ispra), Michel Hick (Besozzo), Jens Liengaard Hjorth (Laveno Mombello), Eddo J. Hoekstra (Leggiuno), Johann Hofberr (Laveno Mombello), Marc Charles Hohenadel (Azzate, Italien), Uwe Holzwarth (Taino), Wijbe Horstmann (Ispra), Tania Huber (Cadrezzate), Philippe Hubert (Besozzo), Bogdan Ionescu (Reno di Leggiuno), Henrique Jacques (Ranco), Kathleen James (Angera), Annett Janunsch Roi (Laveno Mombello), Dominique Jassogne (Angera), Niels Roland Jensen (Ispra), Francesco Joudioux (Varese), Ilmo Kalkas (Cadrezzate), Kristina Kalkas (Cadrezzate), Ioannis Kannelopoulos (Besozzo), Simon Kay (Besozzo), Robert Kenny (Cittiglio), Hervé Kerdiles (Monvalle), Raoul Kiefer (Varese), Fran-

çoise Kievits (Luvinata), Agnieszka Kinsner Ovaskainen (Travedona Monate), Manfred Kohl (Cadrezzate), Jan Kozempel (Uhersky Brod, République tchèque), Elisabeth Krausmann (Angera), Pascal Kupper (Brescia), Jurgita Kurganiene (Ispra), Donato Lacerenza (Ternate, Italien), Salvatore Laganga (Ispra), Friedrich Lagler (Besozzo), Izabella Lahodinsky (Leggiuno), Gaston Francisco Lanappe (Varese), Ingrid Langezaal (Orino), Eric Yann Lazarus (Ispra), Peter Lazzari (Laveno Mombello), Philippe Le Lijour (Leggiuno), Bernadette Legros (Taino), Massimo L'Episcopo (Ispra), Dominique Leriche (Laveno Mombello), Dominique Lesueur (Varese), An Lievens (Brescia), Amin Lievens (Angera), Jacobus Lighthart (Luino, Italien), Jens Patrick Linge (Gavirate), Giovanni Locoro (Lonate Ceppino, Italien), Per Andreas Loekemyhr (Brescia), Giovanna Lombardo (Besozzo), Robert Loos (Laveno Mombello), Maciej Lopatka (Angera), Francisco Lopes (Brescia), Manuel Lozano (Sesto Calende), Luigi Lunardi Bizzarri (Bregano), Shirley Lutz (Ispra), Egidio Macavero (Ispra), Giovanni Macchi (Gavirate), Girolamo Maddi (Laveno Mombello), Carmela Maddi Brunoni (Malgesso), Georges Magonette (Besozzo), Vincent Mahieu (Brüssel, Belgien), Giuseppe Angelo Mainardi (Brevello Carpugnino, Italien), Sergio Mainetti (Ispra), Francesca Margaroli (Paruzzaro, Italien), Rosemarie Marabelli (Gavirate), Barbara Marchetti (Brenta, Italien), Giulio Mariani (Ispra), Alessandro Marotta (Varese), Sebastiao Martins Dos Santos (Cittiglio), Osvaldo Mattana (Lavena Ponte Tresa, Italien), Philippe Mayaux (Laveno, Italien), Matteo Mazzuccato (Legnano, Italien), Wolfgang Mehl (Angera), Frederic Melin (Taino), Katia Menegon (Montebelluna, Italien), Giovanni Mercurio (Varese), Eva Merglova (Laveno Mombello), Giuseppe Merlo (Cerretto Langhe, Italien), Fabio Micale (Ispra), Roberto Miglini (Monvalle), Anne Milcamps (Gavirate), Pascal Millan (Varese), Michel Millot (Orino), G. Franco Minchillo (Varese), Apollonia Miola (Varese), Silvana Mistri (Brescia), Javier Molina Ruiz (Osmate), Umberto Montaretto Marullo (Castel Rozzone, Italien), François Montigny (Barasso), Giuseppe Morelli (Besozzo), Sergio Mota (Ispra), Paolo Mozzaglia (Ranco), Friedrich Muehlbauer (Varese), Harald Muellejans (Induno Olona, Italien), Sharon Munn (Besozzo), Rino Tiziano Nangeroni (Malgesso), Luciano Nannucci (Ranco), Vito Nardo (Angera), Fabrizio Natale (Gavirate), Paul Nauwelaers (Casciago), Remedios Navas Castro (Cocquio Trevisago), Paolo Negro (Sesto Calende), Francesca Neviani (Varese), Nicholas Charles Nicholson (Laveno Mombello), Birgit Nickel (Monvalle), George Nicol (Cuvio), Tonny Nielsson (Taino), Hans Nieman (Brescia), Ole Norager (Laveno Mombello), Jean-Pierre Nordvik (Cocquio Trevisago), Francesco Nosedà (Leggiuno), Gianni Novello (Cominago, Italien), Leo Nykjaer (Laveno Mombello), Franco Oliveri (Genova, Italien), Marco Ooms (Sesto Calende), Marie Oskarsson (Leggiuno), Juha Ovaskainen (Travedona Monate), Ramona Pagnottaro (Parma, Italien), Rita Paiola (Ranco), Sazan Pakalin (Varese), Panagiotis Panagos (Monvalle), Arrigo Panizza (Brescia), Antonio Pannunzio (Besozzo), Rana Pant (Leggiuno), Bruno Paracchini (Ispra), Sergio Paris (Azzio), Alberto Paris (Taino), Rosanna Passarella (Laveno Mombello), Marco Pastori (Brugherio, Italien), Alexandre Patak Dennstedt (Sangiano), Valerio Pedroni (Besozzo), Paolo Peerani (Caravate), Pierre Pegon (Varese), Paolo Pellegrini (Ghiffa, Italien), Grazia Pellegrini (Brescia), Rogerio Peralta (Gavirate), Domenico Perrotta (Malnate, Italien), Ugo Peseo (Cadrezzate), Georg Peter (Castelletto Ticino, Italien), Paola Piccinini (Turin), Fabio Pieri (Vasanello, Italien), Ronald Piers de Raveshoot (Leggiuno), Tiziano Pinato (Besozzo), Gregor Pinski (Castelletto Ticino), Giuliano Pirelli (Lecce, Italien), Antonio Piscia (Cadrezzate), Paolo Pizziol (Varese), Maria Carmen Pombo Lopez (Casciago), Wietse Post (Taino), Jesus Felix Pozuelo Moreno (Varese), Marsia Pozzato (Sesto Calende), Steven Price (Taino), Pilar Prieto Peraita (Angera), Gioacchino Puccia (Besozzo) Michel Quicheron

(Angera), Maria-Antonella Rafaele (Bregano), Alessandra Ravagli (Varese), Diana Rembges (Travedona Monate), Graziano Renaldi (Porto Ceresio, Italien), Fabiano Reniero (Taino), Patrice Richir (Leggiuno), Alessandra Rigamonti (Arcisate, Italien), Maurizio Ristori (Comerio), Luca Riva (Besozzo), Paolo Roggeri (Travedona Monate), Francesco Rossi (Veruno), François Rossi (Cittiglio), Carlo Rovei (Leggiuno), Mauro Roveri (Taino), Espedito Ruotolo (Ispra), Pasquale Salvatore (Angera), Francesco Salvi (Angera), Ilario Santangelo (Osmate), Juan Jose Sanz Ortega (Besozzo), Juan Ignacio Saracho (Ranco), Gianpiero Sartorio (Cadrezzate), Antonio Scanga (Dumenza, Italien), Rita Scardigli (Ispra), Stefan Scheer (Caravate), Hans Guenther Schneider (Laveno Mombello), Christiane Schwartz (Varese), Dario Scotto (Varese), Mirco Sculati (Angera), Arcadio Segura Arnau (Ispra), Gianfranco Selvagio (Gallarate, Italien), Fabrizio Sena (Ispra), Chiara Senaldi (Somma Lombardo), Natalia Serra Francisco (Brescia), René Seynaeve (Besozzo), David Shaw (Cittiglio), Christos Siaterlis (Taino), Gilles Siccardi (Ispra), Anna Maria Silvano (Casciago), Federica Simonelli (Besozzo), Maria Carmen Simonetta (Sesto Calende), Susanna Simonetta (Sesto Calende), Philippe Simons (Sesto Calende), Helle Skejo (Orino), Birgit Sokull-Kluettgen (Ranco), Piero Soldo (Cadrezzate), Pere Soler Legresa (Besozzo), George Solomos (Barasso), Michel Sondag (Ispra), Sandra Sottocorno (Ispra), Peter Spruyt (Castelvecchana), Valeria Staltari (Laveno Mombello), Hermann Stamm (Castelvecchana), Hans Jürgen Stibig (Freiburg, Deutschland), Nikolaos Stilianakis (Varese), Adolf Stips (Besozzo), Elena Stringa (Besozzo), Peter Strobl (Besozzo), Marinus Stroosnijder (Cittiglio), Marco Stuardi (Cadrezzate), Luc Suetens (Leggiuno), Ewelina Sujka (Varese), Carmen Helena Suleau (Monvalle), Fabio Tamborini (Sesto Calende), Cristina Tarabugi (Cadrezzate), Pietro Tarateo (Comabbio), Vittorio Tarditi (Galliate Lombardo, Italien), G. Piero Tartaglia (Varese), Adrien Taruffi (Leggiuno), Fabio Taucer (Mailand), Simona Tavazzi (Ispra), Nigel Georg Taylor (Varese), Roberto Tedeschi (Gavirate), Pierluigi Tenuta (Cadrezzate), An Thijs (Bardello), Mary Claude Thiriart (Ispra), Lionel Thoquer (Leggiuno), Philippe Thunis (Besozzo), Friedemann Timm (Castelvecchana), Paolo Timossi (Arquata Scrivia, Italien), Daniel Tirelli (Taino), Salvatore Tirendi (Travedona Monate), Charles Edouard Tixier (Ranco), Daniela Toccafondi (Ispra), Andrea Tognoli (Varese), Pilade Tonini (Ispra), Katalin Toth (Cittiglio), Jutta Triebe (Varano Borghi), Georgios Tzamalīs (Athènes, Grèce), Enrico Vaccarezza (Mercallo, Italien), Ioannis Vakalis (Luvinata), Nadia Valentini (Varese), Angelo Valli (Biandronno), Massimo Valsesia (Paruzzaro), Geertruida Van Os (Varese), Diederik Van Regenmortel (Leggiuno), Serge Vanacker (Besozzo), Sabrina Vanelli (Vergiate), Ludo Vanvolsem (Halle, Belgien), Antonio Vargiu (Cagliari, Italien), Roberto Vasselli (Varese), Patricia Vedovatto (Besozzo), Stefano Venanzi (Bologna), Stefano Venturini (Brenta), Jean Verdebout (Ixelles, Belgien), Cristina Versino (Varese), Ana Lisa Vetere Arellano (Taino), Christina Vlassis (Taino), Vincenzo Vocino (Varese), Jürgen Vogt (Brescia), Massimiliano Voinich (Besozzo), David Walker (Ranco), Uwe Weng (Besozzo), Helmuth Willers (Besozzo), Ulrike Winter (Ispra), Clemens Wittwehr (Laveno Mombello), Jan Wollgast (Travedona Monate), Maureen Wood (Cuveglio, Italien), Nikolaos Zampoukas (Sesto Calende), Marco Zanni, (Sovere, Italien), Giuseppe Zibordi (Gavirate), Carlo Zonca (Arona, Italien), Salvatore Zoppeddu (Sangiugliano), Antonio Zorzan (Leggiuno) und Valerie Zuang (Casciago) (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte S. Orlandi, D. Abreu Caldas und J.-N. Louis)

Andere Verfahrensbeteiligte: Europäische Kommission und Rat der Europäischen Union

Anträge

Die Rechtsmittelführer beantragen,

- das Urteil des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (Dritte Kammer) vom 21. März 2013, Chris Van der Aat u. a./Europäische Kommission (F-111/11), aufzuheben;
- im Wege einer neuen Entscheidung
 - Art. 1 des Anhangs XI des Statuts und das in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1445/2007 vom 11. Dezember 2007 vorgesehene Methodikhandbuch für rechtswidrig zu erklären;
 - Art. 3 der Verordnung (EU) Nr. 1239/2010 des Rates vom 20. Dezember 2010, mit dem der Berichtigungskoeffizient für die Berechnung der Dienstbezüge der in Varese tätigen Bediensteten auf 92,3 festgesetzt wird, für rechtswidrig zu erklären;
 - die Entscheidungen über die Erstellung der Gehaltsabrechnungen der Rechtsmittelführer auf der Grundlage des in der Verordnung (EU) Nr. 1239/2010 des Rates vom 20. Dezember 2010 mit Wirkung vom 1. Juli 2010 für die Stadt Varese vorgesehenen Berichtigungskoeffizienten aufzuheben;
 - der Kommission die Kosten beider Rechtszüge aufzuerlegen.

Rechtsmittelgründe und wesentliche Argumente

Zur Stützung des Rechtsmittels machen die Rechtsmittelführer folgende Rechtsmittelgründe geltend.

1. Dem Gericht für den öffentlichen Dienst sei bei der Prüfung des Klagegrundes einer Verletzung der Begründungspflicht ein Rechtsfehler unterlaufen, weil es entschieden habe, dass sich die Kommission darauf habe beschränken dürfen, zur Begründung der Entscheidung, für die Berechnung der Dienstbezüge der in Varese tätigen Rechtsmittelführer einen um 4,8 Prozentpunkte auf 92,3 % verringerten Berichtigungskoeffizienten anzuwenden, auf die Verordnung Nr. 1239/2010⁽¹⁾ zu verweisen, obwohl die Kommission bei der Festlegung der Berichtigungskoeffizienten eine entscheidende Rolle gespielt habe, indem sie die statistischen Daten und die für die Festlegung der Koeffizienten verwendete Methode beurteilt habe. Somit habe die Kommission nicht lediglich einen Rechtsakt mit allgemeiner Geltung ohne eigene Ermessensausübung angewandt (zu den Randnrn. 27 und 28 des angefochtenen Urteils).
2. Dem Gericht für den öffentlichen Dienst sei bei der Prüfung des Klagegrundes einer Verletzung des Rechts auf Akteneinsicht ein Rechtsfehler unterlaufen, indem es eine Verpflichtung der Kommission verneint habe, die von den Personalvertretern, die Mitglieder der „Arbeitsgruppe Dienstbezüge“ gewesen seien, und dann von den Rechtsmittelführern angeforderten Informationen in. Die Rechtsmittelführer machen u. a. geltend,
 - dass das Gericht für den öffentlichen Dienst dadurch u. a. die Natur der streitigen Rechtsakte, das komplexe Verfahren für die Festsetzung der Berichtigungskoeffizienten, das die Schaffung einer „Arbeitsgruppe Dienstbezüge“ rechtfertige, die Existenz dieser Arbeitsgruppe und den Gegenstand des Vorverfahrens verkenne;
 - dass das vom Gericht für den öffentlichen Dienst befürwortete Verfahren, das dazu führe, dass die Betroffenen

außerhalb der „Arbeitsgruppe Dienstbezüge“ einen Antrag auf Akteneinsicht stellen und eigene Rechtsbehelfe in Anspruch nehmen müssten, in Anbetracht der Frist für die Erlangung der Akteneinsicht und angesichts der Tatsache, dass die Prüfung der technischen Daten von den hunderten betroffenen Bediensteten schwer individuell durchzuführen sei, das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf verletze;

- dass dieser Standpunkt des Gerichts zudem die praktische Wirksamkeit der Einrichtung einer „Arbeitsgruppe Dienstbezüge“ und die Tatsache verkenne, dass die im Statut vorgesehenen Rechtsbehelfe für ein Vorgehen gegen einen auf die Dienstbezüge anwendbaren Berichtigungskoeffizienten *lex specialis* seien.

3. Dem Gericht für den öffentlichen Dienst sei bei der Prüfung des Klagegrundes eines offensichtlichen Beurteilungsfehlers ein Rechtsfehler unterlaufen,

- indem es entschieden habe, dass die Unterschiede zwischen den Lebenshaltungskosten in Brüssel und Varese sowie die Herabsetzung des Berichtigungskoeffizienten für Varese nach der Verordnung Nr. 1239/2010 nicht den Schluss zuließen, dass ein offensichtlicher Beurteilungsfehler vorliege, und
- indem es verlangt habe, dass die Rechtsmittelführer so aussagekräftige und präzise Daten wie diejenigen liefern, über die nur die Kommission verfüge, obwohl die Rechtsprechung nur das Vorbringen eines „Indizienbündels“ verlange, das hinreichend beweiskräftig sei, um die Beweislast umzukehren und die Rechtmäßigkeitsvermutung für den streitigen Koeffizienten zu entkräften.

(¹) Verordnung (EU) Nr. 1239/2010 des Rates vom 20. Dezember 2010 zur Angleichung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Union sowie der Berichtigungskoeffizienten, die auf diese Dienst- und Versorgungsbezüge anwendbar sind, mit Wirkung vom 1. Juli 2010 (ABl. L 338, S. 1).

Klage, eingereicht am 11. Juni 2013 — Elmaghaby und El Gzaerly/Rat

(Rechtssache T-319/13)

(2013/C 245/14)

Verfahrenssprache: Englisch

Parteien

Kläger: Ahmed Alaeldin Amin Abdelmaksoud Elmaghaby (Kairo, Ägypten) und Naglaa Abdallah El Gzaerly (London, Vereinigtes Königreich) (Prozessbevollmächtigte: D. Pannick, QC, M. Lester, Barrister, und M. O’Kane, Solicitor)

Beklagter: Rat der Europäischen Union

Anträge

Die Kläger beantragen,

- den Beschluss 2013/144/GASP des Rates vom 21. März 2013 zur Änderung des Beschlusses 2011/172/GASP über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen angesichts der Lage in Ägypten (ABl., L 82, S. 54) für nichtig zu erklären, soweit er die Kläger betrifft,
- die Behauptungen zu streichen, dass beide Kläger in Ägypten für die rechtswidrige Verwendung staatlicher Gelder verantwortlich und Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen seien, und
- dem Beklagten die Kosten aufzuerlegen.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Zur Stützung der Klage machen die Kläger fünf Klagegründe geltend.

1. Der Rat habe die Einbeziehung der Kläger in die Maßnahmen von 2013 weder angemessen noch hinreichend begründet.
2. Die Annahme des Rates, dass das Kriterium für die Aufnahme in die Liste bei beiden Klägern erfüllt sei, sei offensichtlich fehlerhaft, da dafür keine rechtliche oder tatsächliche Grundlage bestehe.
3. Der Rat habe seine Verpflichtungen zum Datenschutz nach der Datenschutzverordnung (EG) Nr. 45/2001 (¹) und der Datenschutzrichtlinie 95/46/EG (²) verletzt.
4. Der Rat habe die Verteidigungsrechte der Kläger und ihr Recht auf effektive gerichtliche Kontrolle nicht gewährleistet.
5. Der Rat habe in ungerechtfertigter und unverhältnismäßiger Weise in die Grundrechte der Kläger, einschließlich ihres Rechts auf Schutz ihres Eigentums, ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit und ihres Rufes, eingegriffen.

(¹) Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr.

(²) Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr.

Klage, eingereicht am 19. Juni 2013 — BT Limited Belgian Branch/Kommission

(Rechtssache T-335/13)

(2013/C 245/15)

Verfahrenssprache: Englisch

Parteien

Klägerin: BT Limited Belgian Branch (Diegem, Belgien) (Prozessbevollmächtigte: T. Leeson, Solicitor, und C. Stockford, Barrister)

Beklagte: Europäische Kommission

Anträge

Die Klägerin beantragt,

- die ihr am 19. April 2013 zugestellte Entscheidung, mit der ihr Angebot im Rahmen des nicht offenen Ausschreibungsverfahrens DIGIT/R2/PR/2011/039 abgelehnt und der Auftrag an einen anderen Bieter vergeben wird, für nichtig zu erklären;
- der Beklagten die Kosten aufzuerlegen;
- hilfsweise, einen unabhängigen Sachverständigen zu beauftragen, der beurteilen soll, ob das Angebot eines anderen Bieters mit den Ausschreibungsbedingungen vereinbar ist, und die Entscheidung auszusetzen, bis der beauftragte Sachverständige seinen Bericht vorgelegt hat, sowie anschließend die Entscheidung der Generaldirektion Informatik („DIGIT“) für nichtig zu erklären und der Kommission die Kosten aufzuerlegen;
- falls DIGIT den Vertrag über Transeuropäische Telematikdienste für Behörden — neue Generation („TESTA-ng“) abschließen sollte, der Kommission aufzugeben, den der Klägerin wegen der rechtswidrigen Entscheidung von DIGIT entstandenen Schaden zu ersetzen.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Zur Stützung der Klage macht die Klägerin sechs Klagegründe geltend.

1. DIGIT habe das Transparenzgebot und die Begründungspflicht nach Art. 113 der Haushaltsordnung⁽¹⁾ sowie Art. 296 AEUV verletzt, da die Klägerin wegen der exzessiven Unkenntlichmachung von Teilen des Berichts des öffentlichen Auftraggebers zur Beurteilung eines anderen Bieters nicht in der Lage gewesen sei, zu überprüfen, ob der öffentliche Auftraggeber das Angebot des erfolgreichen Bieters fair beurteilt habe.

Zudem habe DIGIT nicht hinreichend begründet, warum sie erhebliche Teile des Berichts zur Beurteilung des Angebots eines anderen Bieters unkenntlich gemacht habe, und soweit sie Gründe genannt habe, seien diese unzulässig.

2. Die Bewertungsmethode von DIGIT zur Beurteilung der Angebote verstoße gegen die allgemeinen Grundsätze für öffentliche Ausschreibungsverfahren, u. a. gegen das Transparenzgebot und den Grundsatz einer fairen und gleichen Behandlung, da insbesondere (i) der Bewertungsbogen von DIGIT nicht vor Abgabe der Angebote veröffentlicht worden sei und (ii) seine ungewöhnliche Struktur einem anderen Bieter einen rechtswidrigen Vorteil verschafft habe.
3. Die Kommentare von DIGIT im Beurteilungsbericht und die entsprechende Punktzahl für das Angebot eines anderen Bieters seien widersprüchlich. Aufgrund dieser Widersprüche sei die Entscheidung fehlerhaft, da sie zur Nichtigkeit der Begründung führten, auf die sich die Entscheidung stütze.
4. DIGIT habe das Angebot eines anderen Bieters angenommen, obwohl der ungewöhnlich niedrige Preisvorschlag

zum Ausschluss des Angebots vom Ausschreibungsverfahren hätte führen müssen. Das Vorbringen von DIGIT, sie habe dieses Angebot anhand der Regeln für ungewöhnlich niedrige Angebote geprüft, stehe dieser Rüge nicht entgegen. Ein allgemeiner Verweis auf die anwendbaren Rechtsvorschriften könne eine sachgemäße Begründung dafür, dass sich DIGIT vor dem Hintergrund ihrer Prüfung dennoch dafür entschieden habe, dieses Angebot nicht vom Ausschreibungsverfahren auszuschließen, nicht ersetzen.

Im Rahmen dieses Klagegrundes macht die Klägerin hilfsweise geltend, dass der von einem anderen Bieter in seinem Angebot vorgeschlagene Preis unrealistisch sei und keinem Angebot entsprechen könne, das mit den Ausschreibungsbedingungen vereinbar sei. Insoweit ersucht die Klägerin das Gericht, einen unabhängigen Sachverständigen zu beauftragen, um zu klären, ob das fragliche Angebot tatsächlich mit bestimmten Ausschreibungsbedingungen vereinbar sei.

5. Die Entscheidung sei fehlerhaft, da der darin berechnete Vertragswert nicht hinreichend begründet worden sei.
6. DIGIT sei für den Erlass der angefochtenen Entscheidung nicht zuständig, da ihr die erforderlichen Befugnisse nicht übertragen worden seien.

⁽¹⁾ Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABL 2002, L 248, S. 1).

Klage, eingereicht am 25. Juni 2013 — Federación Española de Hostelería/EACEA

(Rechtssache T-340/13)

(2013/C 245/16)

Verfahrenssprache: Spanisch

Parteien

Klägerin: Federación Española de Hostelería (Madrid, Spanien)
(Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte F. del Nogal Méndez und R. Fernández Flores)

Beklagte: Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur

Anträge

Die Klägerin beantragt,

- den Rechtsakt 2007-19641 134736-LLP-I-2007-1-ES-Leonardo-LMP für nichtig zu erklären;
- hilfsweise, die Akte in den Stand zurückzusetzen, in dem sie sich zum Zeitpunkt der Versendung durch die Prüfer an die falsche Adresse befand, damit sich die Klägerin sachgerecht äußern kann;
- hilfsweise, den geforderten Rückzahlungsbetrag im Einklang mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit herabzusetzen;

- der Kommission die Honorare und die übrigen in der vorliegenden Rechtssache entstandenen Kosten aufzuerlegen;
- die Kommission zur Rückerstattung der gezahlten Beträge zuzüglich Verzugszinsen zu verurteilen.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Zur Stützung ihrer Klage macht die Klägerin folgende Klagegründe geltend:

1. Verstoß gegen das vorgesehene Verfahren
 - Die Mitteilungen zum Prüfbericht seien einem Dritten übermittelt worden, der außerhalb der Beziehung zwischen der Klägerin und der beklagten Exekutivagentur stehe.
2. Missachtung der Pflicht zur Begründung von Rechtsakten
 - Der Wiedereinziehungsentscheidung fehle eine angemessene Begründung, da die Exekutivagentur der Klägerin lediglich die Belastungsanzeige unter Beifügung des Prüfberichts übermittelt habe.
3. Verletzung der Verteidigungsrechte
 - Die Klägerin habe zu keinem Zeitpunkt während des Verwaltungsverfahrens ihren Standpunkt zum Vorliegen und zur Erheblichkeit des angeführten Sachverhalts und zu all den Unterlagen darlegen können, die die Kommission herangezogen habe, um ihr Vorbringen zu einer Verletzung des Unionsrechts zu begründen.
4. Verstoß gegen den Grundsatz des Vertrauensschutzes
 - Die Exekutivagentur habe, obwohl der Vertrag im April 2009 geschlossen worden sei, bis April 2013 in keiner Weise zum Ausdruck gebracht, dass sie mit den Modalitäten der Entwicklung und Durchführung des Vorhabens nicht einverstanden sei.
5. Ermessensmissbrauch
 - Die Kommission habe der Klägerin den Sachverhalt, der ihr zur Last gelegt werden könne, nicht mitgeteilt und ihr vor Verhängung der Sanktion keine Gelegenheit zur Anhörung gegeben.
6. Schließlich macht die Klägerin die Verletzung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit geltend.

Klage, eingereicht am 28. Juni 2013 — CN/Parlament

(Rechtssache T-343/13)

(2013/C 245/17)

Verfahrenssprache: Italienisch

Parteien

Kläger: CN (Brumath, Frankreich) (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwältin M. Velardo)

Beklagter: Europäisches Parlament

Anträge

Der Kläger beantragt,

- die Europäische Union und das Europäische Parlament zu verurteilen, an den Kläger Schadensersatz in Höhe von 1 000 Euro für den erlittenen materiellen Schaden zuzüglich Zinsen in Höhe von 6,75 % zu zahlen;
- die Europäische Union und das Europäische Parlament zu verurteilen, an den Kläger Schadensersatz in Höhe von 40 000 Euro für den erlittenen immateriellen Schaden zuzüglich Zinsen in Höhe von 6,75 % zu zahlen;
- der Europäischen Union und dem Europäischen Parlament die gesetzlichen und die Verfahrenskosten aufzuerlegen.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Mit der vorliegenden Klage begehrt CN, ein Ruhestandsbeamter des Rates, Ersatz des materiellen und des immateriellen Schadens, den er infolge der Veröffentlichung des Auszugs aus einer von ihm eingereichten Petition, in dem sich eine Reihe von persönlichen Daten, darunter Informationen zu seinem Gesundheitszustand und zu einer behinderten Person in der Familie, befunden hätten, auf der auch von außen zugänglichen Website des Europäischen Parlaments erlitten habe.

Die Verbreitung der Daten sei in weitreichendem Umfang erfolgt, wenn man die Tatsache berücksichtige, dass man bei Eingabe des Namens des Klägers in der Suchmaschine Google zu dem vom Parlament veröffentlichten Auszug aus der Petition habe gelangen können.

Trotz der Aufforderungen des Klägers habe das Parlament die Veröffentlichung der persönlichen Daten nicht rückgängig gemacht und diese Rücknahme erst in einem zweiten Schritt nach Einschaltung eines Anwalts vorgenommen.

Das Verhalten des Europäischen Parlaments sei aus folgenden Gründen rechtswidrig:

1. Verstoß gegen Art. 8 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten;
2. Verstoß gegen Art. 8 der Charta der Grundrechte;
3. Verstoß gegen Art. 22 des am 13. Dezember 2006 angenommenen und am 23. Dezember 2010 von der Europäischen Union ratifizierten Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen;
4. Verstoß gegen die Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr (ABl. L 8 vom 12. Januar 2001, S. 1).

Klage, eingereicht am 2. Juli 2013 — Construcción, Promociones e Instalaciones/HABM — Copisa Proyectos y Mantenimientos Industriales (CPI COPISA INDUSTRIAL)

(Rechtssache T-345/13)

(2013/C 245/18)

Sprache der Klageschrift: Spanisch

Verfahrensbeteiligte

Klägerin: Construcción, Promociones e Instalaciones, SA (Madrid, Spanien) (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte E. Seijo Veiguera und J. L. Rivas Zurdo)

Beklagter: Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle)

Andere Beteiligte im Verfahren vor der Beschwerdekammer: Copisa Proyectos y Mantenimientos Industriales, SL (L'Hospitalet de Llobregat, Spanien)

Anträge

Die Klägerin beantragt,

- die Entscheidung der Zweiten Beschwerdekammer des Harmonisierungsamts für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle) vom 10. April 2013 in der Sache R 1935/2012-2, mit der die Eintragung der Gemeinschaftsmarke Nr. 9 600 313 „CPI COPISA INDUSTRIAL“ (WORTBILDMARKE) zugelassen wurde, aufzuheben und die Kosten dem Beklagten sowie gegebenenfalls der Streithelferin aufzuerlegen, sofern sie der Klage entgegentritt.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Anmelderin der Gemeinschaftsmarke: Copisa Proyectos y Mantenimientos Industriales, SL.

Betroffene Gemeinschaftsmarke: Bildmarke mit den Wortbestandteilen „CPI COPISA INDUSTRIAL“ für Dienstleistungen der Klasse 37 — Anmeldung der Gemeinschaftsmarke Nr. 9 600 313.

Inhaberin des im Widerspruchsverfahren entgegengehaltenen Marken- oder Zeichenrechts: Klägerin.

Im Widerspruchsverfahren entgegengehaltenes Marken- oder Zeichenrecht: Nationale Bildmarke mit den Wortbestandteilen „Cpi construcción promociones e instalaciones, s.a.“ und der nationalen Eintragung der Geschäftsbezeichnung Nr. 85 647 „Construcción, Promociones e Instalaciones, S.A. — C.P.I.“ für Dienstleistungen der Klasse 37.

Entscheidung der Widerspruchsabteilung: Zurückweisung des Widerspruchs.

Entscheidung der Beschwerdekammer: Zurückweisung der Beschwerde.

Klagegründe:

- Verstoß gegen Art. 42 Abs. 2 und 3 der Verordnung Nr. 207/2009;
- Verstoß gegen Art. 8 Abs. 1 Buchst. b der Verordnung Nr. 207/2009;
- Verstoß gegen Art. 8 Abs. 4 der Verordnung Nr. 207/2009.

Klage, eingereicht am 2. Juli 2013 — Hellenische Republik/Kommission

(Rechtssache T-346/13)

(2013/C 245/19)

Verfahrenssprache: Griechisch

Parteien

Klägerin: Hellenische Republik (Prozessbevollmächtigte: I. Chalkias, X. Basakou und A. Vasilopoulou)

Beklagte: Europäische Kommission

Anträge

Die Klägerin beantragt,

- den Durchführungsbeschluss der Kommission vom 2. Mai 2013 über den Ausschluss bestimmter von den Mitgliedstaaten zulasten des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Garantie, des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) getätigter Ausgaben von der Finanzierung durch die Europäische Union (bekanntgegeben unter Aktenzeichen C(2013) 2436 und veröffentlicht im ABl. 2013, L 123) für nichtig zu erklären, soweit er die Hellenische Republik betrifft, und

- der Kommission die Kosten aufzuerlegen.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Bezüglich der finanziellen Berichtigungen, die der angefochtene Durchführungsbeschluss der Kommission vom 2. Mai 2013 über den Ausschluss bestimmter von den Mitgliedstaaten zulasten des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Garantie, des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) getätigter Ausgaben von der Finanzierung durch die Europäische Union (bekanntgegeben unter Aktenzeichen C(2013) 2436 und veröffentlicht im ABl. 2013, L 123) vorsieht, macht die Hellenische Republik, soweit eine finanzielle Berichtigung in Höhe von insgesamt 6 175 094,49 Euro für ihre Ausgaben im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums Schwerpunkt 2 (2007-2013), flächenbezogene Maßnahmen in den Haushaltsjahren 2009 und 2010 (Antragsjahre 2008 und 2009), vorgenommen wird, die folgenden Nichtigkeitsgründe geltend.

Erstens fehle es dem Beschluss insoweit an einer Rechtsgrundlage und einer Begründung, als er eine pauschale Berichtigung in Höhe von 5 % vorschlage, weil die Vorortkontrollen bezüglich der eingegangenen Verpflichtungen nicht auf allen landwirtschaftlichen Parzellen durchgeführt worden seien, auf die sich die Beihilfeanträge der überprüften Jahre bezogen hätten.

Zweitens sei der Beschluss hinsichtlich der pauschalen Berichtigung in Höhe von 2 %, weil es unter Verstoß gegen Art. 28 Abs. 1 der Verordnung Nr. 796/2004 ⁽¹⁾ generell Unzulänglich-

keiten bei der Rückverfolgbarkeit der AUM-Kontrollberichte gegeben habe, auf der Grundlage eines Tatsachenirrtums erlassen worden und entbehre jedenfalls einer Begründung.

Drittens fehle es dem Beschluss insoweit an einer Rechtsgrundlage und einer Begründung, als er eine pauschale Berichtigung in Höhe von 2 % auf den getrennten Gebieten „ökologischen Landbau“ und „ökologische Tierhaltung“ vornehme, da die Zahlstelle neben der im Verfahren nachgewiesenen Durchführung spezifischer Kontrollen der fraglichen Maßnahmen durch spezialisierte akkreditierte Kontrollstellen für die ökologische Landwirtschaft auch eigene Kontrollen habe durchführen müssen.

Viertens verstoße die vorgeschlagene pauschale Berichtigung in Höhe von 5 %, weil bestimmte Verpflichtungen, insbesondere bezüglich des Einsatzes von Düngemitteln, Pflanzenschutzmitteln, Pestiziden oder ähnlichen Stoffen, hauptsächlich visuell überprüft würden, gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Die Begründung des Beschlusses der Kommission sei unzureichend oder widersprüchlich.

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 796/2004 der Kommission vom 21. April 2004 mit Durchführungsbestimmungen zur Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen, zur Modulation und zum Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem nach der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 des Rates mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe (ABl. 2004, L 141, S. 18).

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt (Fortsetzung)	Seite
2013/C 245/12	Rechtssache T-3/12: Urteil des Gerichts vom 10. Juli 2013 — Kreyenberg/HABM — Kommission (MEMBER OF €e euro experts) (Gemeinschaftsmarke — Nichtigkeitsverfahren — Gemeinschaftsbildmarke MEMBER OF €e euro experts — Absolutes Eintragungshindernis — Embleme der Union und ihrer Tätigkeitsbereiche — Euro-Zeichen — Art. 7 Abs. 1 Buchst. i der Verordnung (EG) Nr. 207/2009).....	9
2013/C 245/13	Rechtssache T-304/13 P: Rechtsmittel, eingelegt am 31. Mai 2013 von Chris van der Aat u. a. gegen das Urteil des Gerichts für den öffentlichen Dienst vom 21. März 2013 in der Rechtssache F-111/11, van der Aat u. a./Kommission	9
2013/C 245/14	Rechtssache T-319/13: Klage, eingereicht am 11. Juni 2013 — Elmaghraby und El Gzaerly/Rat	12
2013/C 245/15	Rechtssache T-335/13: Klage, eingereicht am 19. Juni 2013 — BT Limited Belgian Branch/Kommission	12
2013/C 245/16	Rechtssache T-340/13: Klage, eingereicht am 25. Juni 2013 — Federación Española de Hostelería/EACEA	13
2013/C 245/17	Rechtssache T-343/13: Klage, eingereicht am 28. Juni 2013 — CN/Parlament	14
2013/C 245/18	Rechtssache T-345/13: Klage, eingereicht am 2. Juli 2013 — Construcción, Promociones e Instalaciones/HABM — Copisa Proyectos y Mantenimientos Industriales (CPI COPISA INDUSTRIAL)	15
2013/C 245/19	Rechtssache T-346/13: Klage, eingereicht am 2. Juli 2013 — Hellenische Republik/Kommission	15



EUR-Lex (<http://new.eur-lex.europa.eu>) bietet einen direkten und kostenlosen Zugang zum EU-Recht. Die Website ermöglicht die Abfrage des *Amtsblatts der Europäischen Union* und enthält darüber hinaus die Rubriken Verträge, Gesetzgebung, Rechtsprechung und Vorschläge für Rechtsakte.

Weitere Informationen über die Europäische Union finden Sie unter: <http://europa.eu>



Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union
2985 Luxemburg
LUXEMBURG

DE